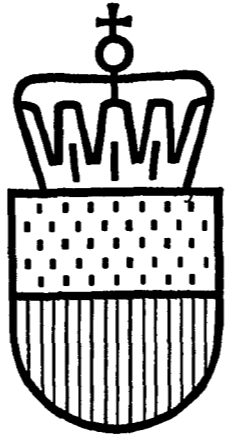


Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ Vaduz - Mittwoch, 16. Januar 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 8

Das Konzil und die kommunistische Presse

(Kathpress) Die Ideologie in den Ostblockländern ist noch nicht vollständig auf die neue «Friedens-Koexistenz-Linie» ausgerichtet. Neben den beinahe vollkommen stalinistisch geführten Ländern (z. B. Albanien) und den «Neue-Wellehörigen» Staaten haben sich auch Sonderformen gefunden, die eigene Wege gehen wollen oder müssen. Diese Eigenständigkeiten beeinflussen auch entscheidend den Kampf, der in den einzelnen Ländern gegen die Kirche geführt wird. Die Verschiedenartigkeit der Konzilsberichterstattung und Kommentierung, die beinahe überall zu verzeichnen ist, spricht eine deutliche Sprache.

In Albanien wurde die Existenz des Konzils so gut wie totgeschwiegen. Religiöse Keime werden in diesem Land von Anfang an erstickt. Eine ebenso ablehnende Haltung ist etwa in Bulgarien und Rumänien zu verzeichnen. In Polen hat sich eine eigene Entwicklung angebahnt, in der es der Staat ist, der um eine «Koexistenz» mit der Kirche unentgeltlich bemüht ist. Er würde sonst mit seinen Staatsbürgern, die zur überwiegenden Mehrzahl gläubige Katholiken sind, in eine Kollision geraten, die für ihn untragbar wäre. Tatsächlich wurde in Polen viel und teilweise objektiv über das Geschehen am Konzil berichtet. Die Situation in Ungarn hat sich seit 1956 wesentlich gewandelt. Die Gläubigen dürfen ihren religiösen Übungen nachgehen, da man bemüht ist, ein vorläufig «erträgliches» Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu finden. Die ungarischen Konzilsteilnehmer wurden mit allen Ehren verabschiedet und empfangen, am Tag der Konzilsöffnung läuteten alle Kirchenglocken Ungarns.

Zu den Staaten, die in der Hauptsache auf der alten stalinistischen Aera und damit mit dem harten Kampf gegen die Religion fortfahren, gehört die Tschechoslowakei. Doch kann es sich das Regime auch hier nicht erlauben, die Bedeutung der Kirche zu ignorieren. Man versucht daher, die Religion als den rückständigen Hauptgegner des «fortschrittlichen» Kommunismus darzustellen.

In der Berichterstattung über das Konzil ging man sogar so weit, die Ziele der Kirchenversammlung mit dem Kampf der Kirche gegen den Kommunismus zu identifizieren. So schrieb am Tage der Konzilsöffnung die Zeitung «Vecernik»: «Angesichts der revolutionären Weltveränderung und erodernden Kraft des Kommunismus macht der Papst einen letzten Versuch, die religiöse Ideologie der gegenwärtigen Epoche der sozialistischen Revolution anzupassen, die ganze Christenheit zu vereinen und sie dann gegen den siegreich vordringenden Kommunismus aufzubieten.» Eine ähn-

liche Meinung vertrat am selben Tag die Pressburger Tageszeitung «Smena»: «In den Köpfen vieler religiöser Fanatiker, die dem Konzil nahestehen, spukt die Idee herum, aus den vereinigten Christen eine Art kirchlicher NATO gegen das sozialistische Lager zu machen.» Der Vatikan und die Kirche, so schrieb das Blatt weiter, konnten jedoch den Kampf um das 20. Jahrhundert niemals für sich entscheiden.

Der Prager Rundfunk zitierte am 11. Oktober die Moskauer Zeitschrift «Mirovaja ekonomika»: «Heute wie in der Vergangenheit ist die katholische Kirche eine Kraft, die vor allem von der Reaktion im Kampf gegen alles Fortschrittliche ausgenutzt wird. Das Prestige der Kirche sinkt immer mehr. Darum kommt das Konzil zusammen, um Mittel zu finden, das eigene und das kapitalistische System zu festigen.»

Neben diesen kämpferischen Stimmen wurden in der Presse auch Artikel gebracht, die das Konzil und die Kirche ins Lächerliche ziehen wollten. So schrieb die schon genannte «Smena» am 11. Oktober: «Die Sensationslustern sollen auf ihre Rechnung kommen. Am Morgen werden sie durch hundert Kanonenschüsse von der Engelsburg geweckt, tagsüber wird ein Defilee von Kardinälen, Patriarchen, Erzbischöfen, Bischöfen, Äbten, Prälaten und kirchlichen Würdenträgern vor sich gehen, die alle den «Akt des Gehorsams» vollbringen werden, der darin besteht, dass sie zum Papst hintreten und ihm - je nach Rang - die einen den Fuss, die anderen das Knie, die dritten die Hand, die vierten die Wangen küssen werden.» Nach Beendigung der ersten Konzilsession wusste das Blatt zu berichten, dass am Konzil viel gesprochen, aber wenig getan worden sei. Denn ob beim Gottesdienst die lateinische Sprache gebraucht werden dürfe oder nicht, sei letztlich ja egal. Die Hoffnungen aber, die die Katholiken in die Friedensbestrebungen gesetzt hätten, seien bitter enttäuscht worden.

Es gab aber auch eine Reihe anderer Stimmen, die zumindest im Ton verschieden waren. So kommentierte am Tage der Konzilsöffnung die Pressburger «Pravda», dass der Glanz der Konzilsöffnung und die Anstrengung der Kirche, mit der geschichtlichen Entwicklung Schritt zu halten, grösstenteils vergeblich sein werden. In der Enzyklika «Mater et Magistra» seien zwar neue Bestrebungen erkennbar, die aber dem raschen Ablauf der Zeit nicht gerecht werden könnten. Eine ähnliche abwartende Haltung nahm der Prager Rundfunk am 13. Oktober ein, als er kommentierte: «Die Weltöffentlichkeit wird die Ereignisse des Vatikanischen Konzils danach beurteilen, welche Stellung es zu jener Kraft die den Weltenlauf

und den Frieden bestimmt, zum sozialistischen Lager, einnimmt.»

Eine verhältnismässig positive Stellungnahme ist dem Leitartikel der Tageszeitung «Lidova demokracie», dem Organ der nominell noch existierenden ehemaligen katholischen Volkspartei zu entnehmen, der die Erwartung ausspricht das Konzil werde sich besonders bemühen mit seiner moralischen Kraft jeden Gebrauch der Atomwaffen zu verhindern und die Abrüstung zu fördern. «Das gemeinsame Ziel», so heisst es in dem Leitartikel vom 14. Oktober «das alle Angehörigen aller Religionen vereinigen kann, ist die Sehnsucht nach Frieden und nach Ruhe.»

Es hat aber nicht an Stimmen gefehlt, die den Papst, dessen Persönlichkeit allgemein positiv bewertet wird, als Gegenpol weitester kirchlicher Kreise darzustellen versuchten. Erst am 3. Jänner 1963 schrieb «Rude Pravo», das kommunistische Zentralorgan, in einem fünf-spaltigen Artikel: «Die Beobachter folgten mit grösster Aufmerksamkeit der neuen Atmosphäre die sich in den führenden Kreisen der katholischen Kirche in den letzten Jahren erstmals ausbreitete.» Das Blatt schreibt über reale Veränderungen, die sich in der Kirche in der jüngsten Vergangenheit abgespielt hätten, Dies besonders seit der Wahl Papst Johannes XXIII. «dessen gesundes Verständnis auch Chruschtschow anerkannt hat». Der Autor fügt nachdrücklich hinzu, dass der Friedenswille des Papstes nicht mit allen katholischen Kreisen übereinstimme. Es heisst hier wörtlich: «Wenn jetzt das Haupt der katholischen Kirche einen vernünftigeren Standpunkt vertritt als sein Vorgänger Pius XII., bedeutet das nicht, dass die katholische Kirche aufgehört hätte, Privateigentum, die Ausbeutung der Arbeiter, die reaktionären diktatorischen Regime und den Kolonialismus zu preisen. Die neue Stimme Johannes XXIII. ist noch nicht zum offiziellen Kurs der ganzen Kirche geworden. Der einflussreiche konservative Flügel der römischen Kurie stellt sich dagegen. Die Diskussionen und Streitigkeiten zwischen den einzelnen Strömungen am Konzil sind nur ein Widerschein von tieferen Prozessen innerhalb und ausserhalb der Kirche. Denn der Kampf des Alten mit dem Neuen, der Vergangenheit mit der Gegenwart, ist um so schwieriger, wenn er in einem Organismus mit solch konservativen Traditionen vor sich geht, wie in der katholischen Kirche. Doch die Tatsache allein, dass dieser Kampf in ihr vorgeht, bezeugt vieles. Zum mindesten das, dass die moderne Welt eine zu ausschlaggebende Wirklichkeit ist, als dass sie die katholische Kirche übersehen könnte.»

Dass eine offizielle Delegation der CSR an der Kirchenversammlung teilnahm, brachte die

Neuerungen im Strassenverkehrsgesetz 5. Bahnübergänge und Schranken

Die Strassenbenützer dürfen Schranken nicht öffnen, umfahren, umgehen, übersteigen oder unter ihnen hindurchgehen.

Dasselbe gilt auch für Halbschranken. Schwere Motorwagen haben ausserorts einen Abstand von rund 100 m zum Uebergang zu wahren, um den nachfolgenden Fahrzeugen das Ueberholen zu erleichtern. Beim Warten vor Bahnübergängen ist die Beleuchtung auf das Standlicht umzuschalten.

Zeitungen immerhin in beträchtliche Schwierigkeiten. Sie lösten sie grösstenteils damit, dass sie sich ausschwiegen. Herausgestrichen wurden lediglich die Namen der Delegationsmitglieder und der Empfang der Delegation beim Heiligen Vater (Rude Pravo, Pravda Praca am 17. Oktober). Besonders betont wurde die Friedensbotschaft der tschechoslowakischen Geistlichen an das Konzil, die «bei den höchsten kirchlichen Kreisen positive Aufnahme und Widerhall gefunden hatte». Diese Version gab die sogenannte «katholische Zeitung», die im übrigen im wesentlichen auf der allgemeinen Linie der Berichterstattung verblieb.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass der andauernde Kampf des Kommunismus gegen die Kirche nicht nur in den verschiedenen Ländern des Ostblocks überaus differenziert ist, sondern nicht einmal in einem einzigen Land vom Regime einheitlich gestaltet werden konnte.

Die tschechoslowakische Presse ist sich noch nicht einig, wie dem Konzil, das für einen Hemmschuh der sozialistischen Aufbauarbeit gehalten wird, begegnet werden kann. Soll es totgeschwiegen oder lächerlich gemacht, soll gekämpft oder «koexistiert» werden? Eine einheitliche Linie wurde jedenfalls darin gefunden, dass möglichst viele Tatsachen negativ beleuchtet werden. Als positiv werden Äusserungen des Papstes oder des Konzils vermerkt, in denen Friede gefordert wird, jener Friede, den der Kommunismus als sein «Monopol» darzustellen pflegt.

Liechtensteiner Mundarten auf Schallplatten

Erhältlich in der Landesbibliothek Vaduz

notiert und kommentiert...

Der fünfte Akt des Dramas Moskau contra Peking

DK BONN. - In den fünf Tagen vom 15. bis 19. Januar wird beim VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei der Sowjetzone Nikita Chruschtschow die sowjetische Delegation leiten. Ost wie auch West sieht darin eine gewisse Sensation. Das erklärt sich aus der weltpolitischen Situation hochgespannter Erwartungen auf eine weitere Entspannung im Ringen der zwei entscheidenden Weltmächte. Ein anderer Chruschtschow - so heisst es - betritt diesmal Ost-Berliner Boden: ein Kreml-Chef, der nur mühsam für seine hörigen Zuhörer die Kuba-Niederlage in einen diplomatischen Sieg umzudeuten versucht, ein Führer des gesamten sozialistischen Lagers, der die Hegemonie in diesem Lager gegen eine offene Rebellion Rotchinas verteidigt. Ob es freilich auch ein «neuer» Chruschtschow sein wird, also ein Politiker, der zum Beispiel einen neuen Weg zur Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage

einzuschlagen gewillt ist, können nur die Erfahrungen dieser fünf Tage lehren.

Nach den bisherigen allerdings sind alle Zweifel angebracht. Das übrige bleibt Spekulation. So etwa die Erwartungen neuer «rides» gegen Bonn, sei es auf die Tour des alten Steckenpferdes von der «friedlichen Koexistenz» mit dem so bescheiden klingenden Wunsch, die Besatzungstruppen in West-Berlin mögen doch die NATO-Flagge gegen die UNO-Fahne austauschen. Sei es in Fortsetzung der massiven Drohung gegen die Bundesrepublik, des sonderbaren Weihnachtsgrosses, im Kriegsfall würde Westdeutschland wie eine Kerze verbrennen, ein Sich-Stark-Machen vor Rotchina und der westlichen Welt, die seit Kuba an solche Kraftmeierei kaum mehr glaubt. Gleichviel, ob mit Bauernschläue oder als wilder Mann, wie Chruschtschow auch auf der SED-Tribüne agieren wird, seine Zielsetzung wird unverändert bleiben. So lauten, wie es ein Statthalter im deutschen Satellitenstaat, Walter Ulbricht, in seinem bereits bekannt gegebenen Parteiprogramm formuliert: «dass in ganz Deutschland die Arbeiterklasse die Führung übernimmt, die Monopolbourgeoisie auch in Westdeutschland entmachtet und die nationale

Frage im Sinne des gesellschaftlichen Fortschrittes gelöst wird». In der Hinsicht hat dieser Besuch Chruschtschows der Ulbrichts morsches Regime aufwertet, kaum eine Sensation zu bieten.

Hingegen widerspräche es dem Sinne jeder politischen Analyse einer sichtbar gewordenen Entwicklung, wollte man nicht den Besuch des Kreml-Bosses in Ost-Berlin als einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking ansehen. Oder können solche Vorzeichen wie diese trügen? Die letzten vier Parteitage der Satelliten zeigen unverkennbar eine Steigerung zu dem in der Sowjetzone hin, wie in einem gutgebauten Drama; sowohl in der Besetzung der Delegationen, als auch in der Entfaltung des Konflikts mit Rotchina. Traf in Sofia die chinesische Verteidigung auf eisiges Schweigen und fungierte noch Albanien als Prügelnabe, erwiderten in Budapest den Chinesen noch zweitrangige ungarische und mexikanische Parteifunktionäre, so wurden in Prag und Rom die Rotchinesen direkt angegriffen, dort vom ersten Sekretär der tschechoslowakischen Partei, Novotny, hier vom Generalsekretär der italienischen Partei, dem Altkommunisten Togliatti.

Inzwischen nahm in Moskau die «Pravda» mit einem ideologisch-vehementen Artikel den offenen Kampf gegen den Maoismus auf, der neben Beschimpfungen in den Vorwurf gipfelt, Rotchina verbreite im kommunistischen Weltlager das Schisma - das Schlimmste, was Kommunisten anderen Kommunisten vorzuwerfen haben. Kenner wollen im «Pravda»-Artikel Chruschtschows Stil herausspüren. Recht gut könnte er also der Auftakt zum fünften Akt des Dramas sein, das seit der Kuba-Krise im bisher noch immer monolithischen Lager des Marxismus-Leninismus abrollt. Auch die Wahl der Begleiter Chruschtschows in der Delegation (alle sieben erst vor zwei Jahren mit der antialienistischen Welle in oberste Positionen der Parteihierarchie hochgetragen) spricht für eine Fünfte-Akt-Schau: Ausgesuchte Ideologen wie der Parteihistoriker mit langer Kominternenerfahrung Ponomarew; der Leiter der Abteilung für die Beziehungen mit den kommunistischen Parteien des Westens Iljitschow, der kategorisch jede ideologische Koexistenz verneint; der Vorsitzende der ideologischen Kommission im Zentralkomitee, Chruschtschows Schwiegersohn Aschubej; Satjukow, der Chefredakteur der «Pravda», die das Panal zum Kampf gab.